

**25. JUNI 2001 — Dekret über dringende Maßnahmen in den Bereichen Unterrichtswesen,
Beschäftigung und Mittelständische Aus- und Weiterbildung (1)**

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und Wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — *Unterrichtswesen*

Abschnitt 1 — Abänderung des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes

Artikel 1 - Artikel 65bis des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, eingefügt durch das Dekret vom 22. Juni 1993 zur Ergänzung und Änderung der Unterrichtsgesetzgebung, wird aufgehoben.

Abschnitt 2 — Definitive Ernennung von bestimmten Personalmitgliedern in ein Beförderungsamt im Vollzeithochschulwesen kurzer Studiendauer der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 2 - Die Regierung kann Personalmitglieder, die im Vollzeithochschulwesen kurzer Studiendauer der Deutschsprachigen Gemeinschaft ohne Unterbrechung während mindestens sechs Dienstjahren vorübergehend das Beförderungsamt des Direktors bekleiden und die die in Artikel 97 Nr. 1 bis 7 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes vorgesehenen Bedingungen erfüllen, in Abweichung von Artikel 97 Nr. 8 desselben Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 in dieses Amt ernennen. Die Ernennung kann gegebenenfalls rückwirkend erfolgen.

Abschnitt 3 — Abänderung des Dekretes vom 18. April 1994 zur Festlegung des Betrages der Funktionssubventionen für das subventionierte Unterrichtswesen und befristete Erhöhung der Funktionssubventionen

Art. 3 - Artikel 6 des Dekretes vom 18. April 1994 zur Festlegung des Betrages der Funktionssubventionen für das subventionierte Unterrichtswesen wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 6 - Im Sonderschulwesen erhält der Schulträger ab dem Schuljahr 1999-2000 für die Organisation der Mittagsaufsicht eine Subvention. Es gelten die in Artikel 30 des Dekretes vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen angeführten Normen, Beträge und Modalitäten.»

Art. 4 - Die Funktionssubventionen, die gemäß den Artikeln 2, 3, 4 und 7 des Dekretes vom 18. April 1994 zur Festlegung des Betrages der Funktionssubventionen für das subventionierte Unterrichtswesen, abgeändert durch das Programmdekret vom 4. März 1996 und das Dekret vom 25. Mai 1999, und gemäß Artikel 30 §§ 1, 2 und 4 des Dekretes vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen, abgeändert durch das Programmdekret vom 23. Oktober 2000, für das Schuljahr 2000-2001 ermittelt werden, werden um 5 % erhöht.

Abschnitt 4 — Abänderung des Gesetzes vom 7. Juli 1970 über die allgemeine Struktur des Hochschulwesens

Art. 5 - In Artikel 8 des Gesetzes vom 7. Juli 1970 über die allgemeine Struktur des Hochschulwesens, abgeändert durch das Dekret vom 10. Mai 1999, wird § 3 durch folgende Bestimmung ersetzt:

«§ 3 - In Abweichung von § 2 sind die Inhaber des Brevets des ergänzenden berufsbildenden Sekundarunterrichts im Bereich Krankenpflege zur Ausbildung des Hochschulwesens kurzer Studiendauer im Bereich Krankenpflege zugelassen.»

Abschnitt 5 — Abänderung des Dekretes vom 26. Juni 1986 über die Gewährung von Studienbeihilfen

Art. 6 - In Artikel 4 des Dekretes vom 26. Juni 1986 über die Gewährung von Studienbeihilfen wird ein § 1bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«§ 1bis - Abweichend vom Prinzip der Gewährung gleich hoher Studienbeihilfen gemäß § 1 kann die Regierung zur Rechtfertigung des verwaltungstechnischen Aufwandes bestimmen, dass die Beihilfen, die auf Grundlage der in § 1 angeführten Bestimmungen berechnet wurden und die mindestens 1 F betragen, auf einen pauschalen Mindestbetrag in Höhe von maximal 3 000 F angehoben werden.»

Art. 7 - Artikel 15 desselben Dekretes vom 26. Juni 1986 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 15 - Die Anträge auf Gewährung von Studienbeihilfen sind auf den Formularen, deren Modell von der Regierung festgelegt wird, bei den jeweiligen Verwaltungsdienststellen für Studienbeihilfen einzureichen.

Die Regierung legt die Fristen für die Beantragung der Studienbeihilfen fest.»

Art. 8 - In Artikel 29 § 4 Absatz 2 desselben Dekretes vom 26. Juni 1986 wird das Wort «einmal» gestrichen.

Art. 9 - In Artikel 29 § 4 desselben Dekretes vom 26. Juni 1986 wird zwischen den Absätzen 3 und 4 ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Beim Ausscheiden sowohl des Mitglieds als auch des Ersatzmitglieds ernennt die Regierung auf Vorschlag der jeweiligen nicht mehr vertretenen Instanz oder Vereinigung ein neues Mitglied sowie ein neues Ersatzmitglied für die Restdauer des Mandates ihrer Vorgänger.»

Abschnitt 6 — Abänderung des Dekretes vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen

Art. 10 - In Artikel 30 § 3 des Dekretes vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen, abgeändert durch das Dekret vom 23. Oktober 2000, wird ein neuer Absatz 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Die Regierung kann von der in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Anzahl regulärer Schüler abweichen, falls die Aufsicht auf Grund der infrastrukturellen Gegebenheiten einer Niederlassung nicht ausreichend gewährleistet werden kann.»

Art. 11 - In Artikel 40 des Dekretes vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen werden ein Absatz 2 und ein Absatz 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Die Regierung kann einem Schulträger erlauben von den Bestimmungen des Absatzes 1 Nummer 1 abzuweichen, falls von der Neugliederung eine Schule betroffen ist, die mindestens 580 Grundschüler und zwei Niederlassungen zählt. Die Genehmigung wird jährlich erteilt.

Eine definitive Ernennung oder Einstellung ist nicht zulässig für die Stelle eines Schulleiters einer in Anwendung von Absatz 2 neugeschaffenen Schule.»

KAPITEL II — Beschäftigung

Art. 12 - Unbeschadet des Artikels 13 sind im deutschen Sprachgebiet aufgehoben:

1. das Dekret des Wallonischen Regionalrates vom 19. Mai 1994 (II) bezüglich der Einstellung von Arbeitslosen, die in gewissen Projekten zur Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben eingesetzt werden, abgeändert durch das Dekret des Wallonischen Regionalrates vom 1. April 1999 (II),

2. der Erlass der Wallonischen Regierung vom 15. September 1994 zur Ausführung des Dekretes vom 19. Mai 1994 bezüglich der Einstellung von Arbeitslosen, die in gewissen Projekten zugunsten von Klein- und Mittelbetrieben eingesetzt werden, abgeändert durch das Dekret des Wallonischen Regionalrates vom 5. Februar 1998 (I),

3. der Königliche Erlass Nr. 258 vom 31. Dezember 1983 bezüglich der Einstellung von Arbeitslosen, die für gewisse Projekte zur Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben eingesetzt werden, abgeändert durch den Königlichen Erlass Nr. 496 vom 31. Dezember 1986 und das Dekret des Wallonischen Regionalrates vom 1. April 1999 (I),

4. der Königliche Erlass vom 14. Oktober 1986 zur Ausführung des Königlichen Erlasses Nr. 258 vom 31. Dezember 1983 bezüglich der Einstellung von Arbeitslosen, die für gewisse Projekte zur Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben eingesetzt werden, abgeändert durch den Erlass der Wallonischen Regierung vom 1. April 1999 (I).

Art. 13 - Die in Artikel 12 angeführten Bestimmungen bleiben anwendbar auf die Anträge, die vor dem Inkrafttreten von Artikel 12 eingereicht worden sind.

Art. 14 - In Artikel 7 Absatz 2 des Dekretes des Wallonischen Regionalrates vom 18. Juli 1997 (II) zur Schaffung eines Beruflichen Übergangsprogramms wird die Wortfolge «auf begründetes Gutachten einer Kommission, deren Zusammensetzung von ihr festgelegt wird» aufgehoben.

KAPITEL III — Mittelständische Aus- und Weiterbildung

Art. 15 - In das Dekret vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, abgeändert durch die Dekrete vom 20. Mai 1997, 29. Juni 1998, 14. Februar 2000 und 23. Oktober 2000, wird ein Artikel 10ter mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 10ter - In Abweichung von Artikel 2 und Artikel 10 § 1 kann mittels eines Rahmenabkommens im Auftrag des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Weiterbildung von Personen in Anspruch genommen werden, die als Arbeitsuchende beim Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingetragen sind und die für die betreffende Weiterbildung einen individuellen Ausbildungsvertrag mit dem Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft abgeschlossen haben, der den Anforderungen der Artikel 15 und 16 des Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 12. Juni 1985 über die Bewilligung gewisser Vorteile an Personen, die eine Berufsausbildung und -umschulung erhalten, entspricht.»

Art. 16 - In dasselbe Dekret vom 16. Dezember 1991 wird ein Artikel 12bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 12bis - Die Regierung legt nach Gutachten des Instituts fest:

1. die Dauer der Weiterbildung,

2. die Bedingungen für die Anerkennung der Weiterbildung.»

KAPITEL IV — *Inkrafttreten*

Art. 17 - Die Artikel 6, 7, 8 und 9 werden am 1. September 2000 wirksam.

Die Artikel 1, 3, 4, 10 und 11 treten am 1. September 2001 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 25. Juni 2001

Der Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport,
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus,
B. GENTGES

Der Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales,
H. NIESSEN

Fußnoten

(1) *Sitzungsperiode 2000-2001.*

Dokumente des Rates: 69 (2000-2001) Nr. 1. Dekretentwurf.

69 (2000-2001) Nr. 2. Vorentwurf und Gutachten des Staatsrates.

69 (2000-2001) Nr. 3. Abänderungsvorschläge.

69 (2000-2001) Nr. 4. Bericht.

Ausführlicher Bericht. — Diskussion und Abstimmung. Sitzung vom 25. Juni 2001.

TRADUCTION

F. 2001 — 2732

[C – 2001/33067]

25 JUIN 2001. — Décret portant des mesures urgentes en matière d'enseignement, d'emploi ainsi que de formation et de formation continue dans les classes moyennes (1)

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE I^{er}. — *Enseignement*

Section 1^{re}. — Modification de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements

Article 1^{er}. L'article 65*bis* de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, inséré par le décret du 22 juin 1993 fixant des dispositions en vue de compléter et de modifier la législation relative à l'enseignement, est abrogé.

Section 2. — Nomination définitive de certains membres du personnel à une fonction de promotion dans l'enseignement supérieur de type court et de plein exercice de la Communauté germanophone

Art. 2. Des membres du personnel qui exercent provisoirement, sans interruption pendant au moins six années de service, la fonction de promotion de directeur dans l'enseignement supérieur de type court et de plein exercice de la Communauté germanophone et remplissent les conditions prévues à l'article 97, 1^o à 7^o, de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, peuvent être nommés définitivement à cette fonction par le Gouvernement par dérogation à l'article 97, 8^o, du même arrêté royal du 22 mars 1969. La nomination peut, le cas échéant, avoir lieu avec effet rétroactif.

Section 3. — Modification du décret du 18 avril 1994 fixant le montant des subventions de fonctionnement pour l'enseignement subventionné et augmentation des subventions de fonctionnement pour une période déterminée

Art. 3. L'article 6 du décret du 18 avril 1994 fixant le montant des subventions de fonctionnement pour l'enseignement subventionné est remplacé par la disposition suivante :

« Article 6. Dans l'enseignement spécial, le pouvoir organisateur perçoit, à partir de l'année scolaire 1999-2000, une subvention pour l'organisation de la surveillance du temps de midi. Les normes, montants et modalités énumérés à l'article 30 du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire sont d'application. »

Art. 4. Les subventions de fonctionnement calculées pour l'année scolaire 2000-2001 conformément aux articles 2, 3, 4 et 7 du décret du 18 avril 1994 fixant le montant des subventions de fonctionnement pour l'enseignement subventionné, modifié par le décret-programme du 4 mars 1996 et le décret du 25 mai 1999 et conformément à l'article 30, §§ 1^{er}, 2 et 4 du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, modifié par le décret-programme du 23 octobre 2000, sont augmentées de 5 %.

Section 4. — Modification de la loi du 7 juillet 1970 relative à la structure générale de l'enseignement supérieur

Art. 5. A l'article 8 de la loi du 7 juillet 1970 relative à la structure générale de l'enseignement supérieur, modifié par le décret du 10 mai 1999, le § 3 est remplacé par la disposition suivante :

« § 3. Par dérogation au § 2, les titulaires du brevet de l'enseignement professionnel secondaire complémentaire, section "soins infirmiers", sont admis en formation dans l'enseignement supérieur de type court, section « soins infirmiers ».

Section 5. — Modification du décret du 26 juin 1986 relatif à l'octroi d'allocations d'études

Art. 6. A l'article 4 du décret du 26 juin 1986 relatif à l'octroi d'allocations d'études est inséré un § 1^{er bis}, libellé comme suit :

« § 1^{er bis}. Par dérogation au principe de l'octroi d'allocations d'études égales conformément au § 1^{er}, le Gouvernement peut, en invoquant le coût administratif, déterminer que les allocations d'au moins BEF 1 calculées conformément aux dispositions énoncées au § 1 seront augmentées jusqu'à un montant minimal forfaitaire ne pouvant dépasser BEF 3 000. »

Art. 7. L'article 15 du même décret du 26 juin 1986 est remplacé par la disposition suivante :

« Article 15. Les demandes d'allocations d'études doivent être introduites auprès du service des allocations d'études compétent au moyen des formulaires dont le modèle est arrêté par le Gouvernement.

Le Gouvernement fixe les délais pour l'introduction des demandes d'allocations d'études. »

Art. 8. A l'article 29, § 4, alinéa 2, du même décret du 26 juin 1986, les termes « une fois » sont supprimés.

Art. 9. A l'article 29, § 4, du même décret du 26 juin 1986, l'alinéa suivant est inséré entre les alinéas 3 et 4 :

« Lors de la démission tant du membre que de son suppléant, le Gouvernement nomme — sur proposition de l'instance ou association concernée qui n'est plus représentée — un nouveau membre ainsi qu'un nouveau suppléant pour achever le mandat de leur prédécesseur. »

Section 6. — Modification du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire

Art. 10. A l'article 30, § 3, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, modifié par le décret du 23 octobre 2000, il est inséré un nouvel alinéa 4 libellé comme suit :

« Le Gouvernement peut déroger à la règle relative au nombre d'élèves réguliers, tel que visé aux alinéas 1^{er} et 2, lorsque la surveillance ne peut être suffisamment garantie en raison de l'infrastructure d'une implantation.

Art. 11. A l'article 40 du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, sont insérés les alinéas 2 et 3 suivants :

« Le Gouvernement peut permettre à un pouvoir organisateur de déroger aux dispositions de l'alinéa 1^{er}, 1°, si l'école concernée par la restructuration compte au moins 580 élèves de l'enseignement fondamental et deux implantations. L'autorisation est accordée annuellement.

Une nomination ou un engagement à titre définitif ne sont pas autorisés pour un emploi de chef d'établissement d'une école nouvellement créée en application de l'alinéa 2. »

CHAPITRE II. — Emploi

Art. 12. Sans préjudice de l'article 13, sont abrogés en Région de langue allemande :

1° le décret du Conseil régional wallon du 19 mai 1994 (II) relatif à l'engagement de chômeurs affectés à certains projets au bénéfice des petites et moyennes entreprises, modifié par le décret du Conseil régional wallon du 1^{er} avril 1999 (II);

2° l'arrêté du Gouvernement wallon du 15 septembre 1994 portant exécution du décret du 19 mai 1994 relatif à l'engagement de chômeurs affectés à certains projets au bénéfice des petites et moyennes entreprises, modifié par le décret du Conseil régional wallon du 5 février 1998 (I);

3° l'arrêté royal n° 258 du 31 décembre 1983 relatif à l'engagement de chômeurs affectés à certains projets d'assistance aux petites et moyennes entreprises, modifié par l'arrêté royal n° 496 du 31 décembre 1986 et par le décret du Conseil régional wallon du 1^{er} avril 1999 (I);

4° l'arrêté royal du 14 octobre 1986 portant exécution de l'arrêté royal n° 258 du 31 décembre 1983 relatif à l'engagement de chômeurs affectés à certains projets d'assistance aux petites et moyennes entreprises, modifié par l'arrêté du Gouvernement wallon du 1^{er} avril 1999 (I).

Art. 13. Les dispositions énoncées à l'article 12 restent applicables aux demandes introduites avant l'entrée en vigueur de ce même article.

Art. 14. A l'article 7, alinéa 2, du décret du Conseil régional wallon du 18 juillet 1997 (II) créant un programme de transition professionnelle, le passage « sur avis motivé d'une commission dont il détermine la composition » est supprimé.

CHAPITRE III. — Formation et formation continue dans les classes moyennes

Art. 15. Dans le décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les P.M.E., modifié par les décrets des 20 mai 1997, 29 juin 1998, 14 février 2000 et 23 octobre 2000, il est inséré un article 10^{ter} libellé comme suit :

« Art. 10^{ter}. Par dérogation aux articles 2 et 10, § 1^{er}, les personnes inscrites en tant que demandeurs d'emploi auprès de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone et ayant conclu avec lui un contrat de formation individuel pour la formation concernée, contrat qui répond au prescrit des articles 15 et 16 de l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 12 juin 1985 relatif à l'octroi de certains avantages aux personnes recevant une formation professionnelle, peuvent bénéficier de la formation continue par le biais d'un accord-cadre conclu au nom de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone. »

Art. 16. L'article 12^{bis} suivant est inséré dans ce même décret du 16 décembre 1991 :

« Art. 12^{bis}. Sur avis de l'Institut, le Gouvernement fixe :

1° la durée de la formation continue;

2° les conditions d'agrément de la formation continue. »

CHAPITRE IV. — *Entrée en vigueur*

Art. 17. Les articles 6, 7, 8 et 9 produisent leurs effets le 1^{er} septembre 2000.

Les articles 1^{er}, 3, 4, 10 et 11 entrent en vigueur le 1^{er} septembre 2001.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur Belge*.

Eupen, le 25 juin 2001.

Le Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme,
B. GENTGES

Le Ministre de la Jeunesse et de la Famille,
de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales,
H. NIESSEN

Notes

(1) *Session 2000-2001* :

Documents du Conseil : 69 (2000-2001) n° 1. Projet de décret.

69 (2000-2001) n° 2. Avant-projet et avis du Conseil d'Etat.

69 (2000-2001) n° 3. Proposition d'amendement.

69 (2000-2001) n° 4. Rapport.

Compte rendu intégral. — Discussion et vote. Séance du 25 juin 2001.

VERTALING

N. 2001 — 2732

[C — 2001/33067]

25 JUNI 2001. — Decreet houdende dringende maatregelen inzake onderwijs, werkgelegenheid, opleiding en voortgezette opleiding in de middenstand (1)

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Onderwijs*

Afdeling 1. — Wijziging van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen

Artikel 1. Artikel 65*bis* van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, ingevoegd bij het decreet van 22 juni 1993 tot vastlegging van bepalingen tot aanvulling en wijziging van de onderwijswetgeving, wordt opgeheven.

Afdeling 2. — Vaste benoeming van bepaalde personeelsleden in een bevorderingsambt in het hoger onderwijs van het korte type met volledig leerplan van de Duitstalige Gemeenschap

Art. 2. De Regering kan de personeelsleden die in het hoger onderwijs van het korte type met volledig leerplan van de Duitstalige Gemeenschap tijdens ten minste zes dienstjaren zonder onderbreking het bevorderingsambt van directeur voorlopig bekleden en de voorwaarden vervullen die bepaald zijn in artikel 97, 1° tot 7°, van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, in afwijking van artikel 97, 8°, van hetzelfde koninklijk besluit van 22 maart 1969, in dit ambt in vast verband benoemen. De benoeming kan, in voorkomend geval, met terugwerkende kracht geschieden.

Afdeling 3. — Wijziging van het decreet van 18 april 1994 tot vaststelling van het bedrag van de werkingstoelagen voor het gesubsidieerd onderwijs en tijdelijk beperkte verhoging van de werkingstoelagen

Art. 3. Artikel 6 van het decreet van 18 april 1994 tot vaststelling van het bedrag van de werkingstoelagen voor het gesubsidieerd onderwijs wordt door volgende bepaling vervangen :

« Artikel 6. In het buitengewoon onderwijs verkrijgt de inrichtende macht vanaf het schooljaar 1999-2000 een toelage voor de organisatie van het toezicht tijdens het middaguur. De normen, bedragen en modaliteiten bepaald in artikel 30 van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs zijn van toepassing. »

Art. 4. De werkingstoelagen berekend voor het jaar 2000-2001 overeenkomstig de artikelen 2, 3, 4 en 7 van het decreet van 18 april 1994 tot vaststelling van het bedrag van de werkingstoelagen voor het gesubsidieerd onderwijs, gewijzigd bij het programmadecreet van 4 maart 1996 en het decreet van 25 mei 1999, en overeenkomstig artikel 30, §§ 1, 2 en 4 van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs, gewijzigd bij het programmadecreet van 23 oktober 2000, worden met 5 % verhoogd.

Afdeling 4. — Wijziging van de wet van 7 juli 1970 betreffende de algemene structuur van het hoger onderwijs

Art. 5. In artikel 8 van de wet van 7 juli 1970 betreffende de algemene structuur van het hoger onderwijs, gewijzigd bij het decreet van 10 mei 1999, wordt § 3 door volgende bepaling vervangen :

« § 3. In afwijking van § 2 zijn de houders van het brevet van het aanvullend secundair beroepsonderwijs — afdeling « verpleging » — tot een opleiding in het hoger onderwijs van het korte type — afdeling « verpleging » toegelaten. »

Afdeling 5. — Wijziging van het decreet van 26 juni 1986 betreffende de toekenning van studietoelagen

Art. 6. In artikel 4 van het decreet van 26 juni 1986 betreffende de toekenning van studietoelagen wordt een § 1bis ingevoegd luidend als volgt :

« § 1bis. In afwijking van het principe van de toekenning van gelijke studietoelagen overeenkomstig § 1 kan de Regering, zich door het administratief overwerk rechtvaardigend, bepalen dat toelagen van ten minste BEF 1, berekend overeenkomstig de bepalingen van § 1, tot een minimaal forfaitair bedrag dat BEF 3 000 niet mag overschrijden, verhoogd worden. »

Art. 7. Artikel 15 van het decreet van 26 juni 1986 wordt door volgende bepaling vervangen :

« Artikel 15. De aanvragen om studietoelagen moeten bij de bevoegde dienst voor studietoelagen op formulieren ingediend worden waarvan het model door de Regering wordt vastgelegd.

De Regering bepaalt de termijnen voor de aanvraag van de studietoelagen. »

Art. 8. In artikel 29, § 4, lid 2, van hetzelfde decreet van 26 juni 1986 worden de woorden « één keer » geschrapt.

Art. 9. In artikel 29, § 4, van hetzelfde decreet van 26 juni 1986, wordt tussen de leden 3 en 4, het volgende lid ingevoegd :

« Bij ontslag zowel van een lid als van een vervangend lid benoemt de Regering op de voordracht van de betrokken instantie of vereniging die niet meer vertegenwoordigd is - een nieuw lid alsmede een nieuw vervangend lid die het mandaat van hun voorganger zullen beëindigen. »

Afdeling 6. — Wijziging van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs

Art. 10. In artikel 30, § 3, van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs, gewijzigd bij het decreet van 23 oktober 2000, wordt een nieuw lid 4 ingevoegd dat luidt als volgt :

« De Regering mag van het in de leden 1 en 2 bepaald aantal regelmatig ingeschreven leerlingen afwijken als geen voldoende toezicht mag worden gewaarborgd wegens de infrastructuur van een vestigingsplaats. »

Art. 11. In artikel 40 van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs worden de volgende leden 2 en 3 ingevoegd :

« De Regering kan een inrichtende macht machtigen van de bepalingen van lid 1, 1°, af te wijken indien de door de herstructurering betrokken school ten minste 580 leerlingen van het basisonderwijs en twee vestigingsplaatsen telt. De machtiging wordt jaarlijks verleend.

Een benoeming of een aanstelling in vast verband zijn niet toegelaten voor een betrekking als inrichtingshoofd van een met toepassing van lid 2 nieuw opgerichte school. »

HOOFDSTUK II. — *Werkgelegenheid*

Art. 12. Onverminderd artikel 13 worden in het Duitse taalgebied opgeheven :

1° het decreet van de Waalse Gewestraad van 19 mei 1994 (II) betreffende de indienstneming van werklozen voor bepaalde projecten ten bate van kleine en middelgrote ondernemingen, gewijzigd bij het decreet van de Waalse Gewestraad van 1 april 1999 (II);

2° het besluit van de Waalse Regering van 15 september 1994 tot uitvoering van het decreet van 19 mei 1994 betreffende de indienstneming van werklozen voor bepaalde projecten ten bate van kleine en middelgrote ondernemingen, gewijzigd bij het decreet van de Waalse Gewestraad van 5 februari 1998 (I);

3° het koninklijk besluit nr. 258 van 31 december 1983 betreffende de indienstneming van werklozen voor bepaalde bijstandprojecten ten behoeve van kleine en middelgrote ondernemingen, gewijzigd bij het koninklijk besluit nr. 496 van 31 december 1986 en bij het decreet van de Waalse Gewestraad van 1 april 1999 (I);

4° het koninklijk besluit van 14 oktober 1986 tot uitvoering van het koninklijk besluit nr. 258 van 31 december 1983 betreffende de indienstneming van werklozen voor bepaalde bijstandprojecten ten behoeve van kleine en middelgrote ondernemingen, gewijzigd bij het besluit van de Waalse Regering van 1 april 1999 (I).

Art. 13. De in artikel 12 vermelde bepalingen blijven van toepassing op de aanvragen ingediend vóór de inwerkingtreding van dit artikel.

Art. 14. In artikel 7, lid 2, van het decreet van de Waalse Gewestraad van 18 juli 1997 (II) houdende creatie van een doorstromingsprogramma wordt de passus «, na gemotiveerd advies van een commissie waarvan ze de samenstelling bepaalt » geschrapt.

HOOFDSTUK III. — *Opleiding en voortgezette opleiding in de middenstand*

Art. 15. In het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's, gewijzigd bij de decreten van 20 mei 1997, 29 juni 1998, 14 februari 2000 en 23 oktober 2000, wordt een artikel 10ter ingevoegd luidend als volgt :

« Art. 10ter. In afwijking van de artikelen 2 en 10, § 1, kunnen de personen die bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap als werkzoekenden ingeschreven zijn en met hem een individuele vormingsovereenkomst hebben afgesloten voor de betreffende opleiding, overeenkomst die aan de voorschriften van de artikelen 15 en 16 van het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 12 juni 1985 betreffende de toekenning van sommige voordelen aan de personen die een beroepsopleiding ontvangen beantwoordt, voor de voortgezette opleiding in aanmerking komen door middel van een kaderovereenkomst afgesloten in de naam van de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap. »

Art. 16. In hetzelfde decreet van 16 december 1991 wordt een artikel 12bis ingevoegd luidend als volgt :

« Art. 12bis. Op advies van het Instituut bepaalt de Regering

1° de duur van de voortgezette opleiding en

2° de voorwaarden m.b.t. de erkenning van de opleiding. »

HOOFDSTUK IV. — *Inwerkingtreding*

Art. 17. De artikelen 6, 7, 8 en 9 hebben uitwerking op 1 september 2000.

De artikelen 1, 3, 4, 10 en 11 treden in werking op 1 september 2001.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, op 25 juni 2001.

De Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,

K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme,

B. GENTGES

De Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

H. NIESSEN

—
Nota's

(1) *Zitting 2000-2001 :*

Bescheiden van de Raad : 69 (2000-2001), nr. 1. Ontwerp van decreet.

69 (2000-2001), nr. 2. Voorontwerp en advies van de Raad van State.

69 (2000-2001), nr. 3. Amendementsvoorstel.

69 (2000-2001), nr. 4. Verslag.

Integraal verslag. — Bespreking en aanneming. Vergadering van 25 juni 2001.

D. 2001 — 2733

[C – 2001/33069]

**25. JUNI 2001 — Dekret über besondere Maßnahmen im Zusammenhang mit den Lehrämtern
und über die Anpassung des Besoldungsstatuts (1)**

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und Wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — Überstunden und Nebenamt

Artikel 1 - Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf die Personalmitglieder der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals, die ganz oder teilweise ein Anwerbungsamt als Hauptamt im Vollzeitsekundarschulwesen, Teilzeitsekundarschulwesen oder in der schulischen Weiterbildung ausüben.

Art. 2 - § 1 - Besteht ein Mangel an qualifizierten Personalmitgliedern, kann ein Schulträger oder der Schulleiter bzw. der Direktor:

1. einem Personalmitglied Überstunden im Sinne des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über die Gewährung einer Zulage bei Überstunden für bestimmte Personalmitglieder des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens geben;

2. ein Personalmitglied im Nebenamt im Sinne von Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens sowie im Sinne von Artikel 2 § 2 Absatz 1 Buchstabe a des Königlichen Erlasses Nr. 63 vom 20. Juli 1982 zur Abänderung der Bestimmungen der Besoldungsstatute, die auf das Unterrichtspersonal und das ihm gleichgestellte Personal des Vollzeitunterrichts und des Weiterbildungs- oder Teilzeitunterrichts Anwendung finden, beschäftigen.

Das Einverständnis des Personalmitglieds ist Voraussetzung.

§ 2 - Der Mangel an qualifizierten Personalmitgliedern wird in Anwendung von Artikel 10 § 6 des Königlichen Erlasses Nr. 63 vom 20. Juli 1982 zur Abänderung der Bestimmungen der Besoldungsstatute, die auf das Unterrichtspersonal und das ihm gleichgestellte Personal des Vollzeitunterrichts und des Weiterbildungs- oder Teilzeitunterrichts Anwendung finden, nachgewiesen.

Art. 3 - § 1 - Ein Personalmitglied, das in Anwendung von Artikel 2 Überstunden leistet, erhält in Abweichung von den bestehenden besoldungsrechtlichen Bestimmungen eine Zulage für diese Überstunden. Bei der Berechnung der Zulage geht man davon aus, dass diese Überstunden im Sinne von Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens hauptamtlich geleistet worden sind.

§ 2 - Das Personalmitglied erhält die Zulage ab dem Tag, an dem es die in § 1 Absatz 1 angeführten Überstunden tatsächlich leistet.

Es behält die Zulage während des Entspannungsurlaubs sowie während der Weihnachts- und Osterferien, falls der Urlaub oder die Ferien sich innerhalb des Zeitraums befinden, in dem es die Überstunden leistet.

Die Zulage für Überstunden wird im Falle der Unterbrechung des Auftrags weiter gewährt, falls die Dauer der Unterbrechung nicht mehr als 14 Tage beträgt. Die in Absatz 2 angeführten Urlaube und Ferien werden nicht als Unterbrechung berücksichtigt.

§ 3 - Die Auszahlung der Zulage erfolgt monatlich zusammen mit der des Gehalts oder der Gehaltssubvention am Monatsende.